

**Antwort
der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe
der PDS/Linke Liste
— Drucksache 12/3083 —**

Rechtsradikale Bürgerwehren an der deutsch-polnischen Grenze

In einem Artikel der „Berliner Zeitung“ über illegale Grenzübertritte heißt es: „Unerwünschte ‚Helfer‘ der Grenzschützer sind derzeit rechtsradikale Jugendliche, die im Grenzgebiet regelrecht auf Menschenjagd gehen“ (Berliner Zeitung, 20. Juli 1992). Der stellvertretende Leiter des Grenzamtes Frankfurt/Oder „hält nichts von dieser Art Bürgerwehr“ (ebenda).

Schon vor Tagen meldete die Presse, daß die Staatsanwaltschaft in Stralsund Haftbefehle gegen zwei Jäger wegen fahrlässiger Tötung erlassen hatte, „die zwei illegale Grenzgänger in einem Kornfeld nahe der polnischen Grenze erschossen haben sollen“ (DIE WELT, 7. Juli 1992). Angeblich soll es sich dabei „um einen Jagdunfall“ gehandelt haben (ebenda).

Vorbemerkung

Polnische Staatsbürger sind Angriffsziel militanter Rechtsextremisten. Im Jahre 1991 wurden beim Bundesamt für Verfassungsschutz 44, im Jahre 1992 bislang 16 entsprechende Gewalttaten mit erwiesener oder zu vermutender rechtsextremistischer Motivation erfaßt. Von den Taten waren neben polnischen Reisenden auch Asylbewerber sowie z. T. auch Aussiedler aus Polen betroffen.

Vor allem in den ersten Tagen nach Einführung des visafreien Reiseverkehrs mit Polen im April 1991 konzentrierten sich die Ausschreitungen auf das deutsch-polnische Grenzgebiet. Dort nahm die Polizei allein am 8. April 1991 41 Personen vorläufig fest.

Seither haben die Gewalttaten – soweit bekannt – mehr den Charakter von Einzelaktionen angenommen. Dabei wurden u. a.

PKWs mit polnischen Kennzeichen angegriffen, die Insassen zum Teil erheblich verletzt.

1. In welchen Grenzregionen gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung derartige rechtsradikale Gruppierungen, die bürgerwehrähnlich auf Menschenjagd gehen, und um welche Gruppierungen handelt es sich dabei (bitte genaue Angaben über personelle Stärke, eventuelle Verbindungen zu rechtsextremen Organisationen und Parteien etc.)?
2. Welche durch diese bürgerwehrähnlichen Gruppierungen verursachten Vorfälle sind der Bundesregierung bekannt?
3. Haben sich diese bürgerwehrähnlichen Gruppierungen an die Grenzschutzbehörden bzw. einzelne Beamte gewandt und ihre Hilfe bei der Verfolgung von illegalen Einwanderern angeboten?
Wenn ja, in wie vielen Fällen, an welchen Orten und mit welchem Ergebnis?
4. Was gedenkt die Bundesregierung gegen diese bürgerwehrähnlichen Gruppierungen zu unternehmen?

Erkenntnisse über rechtsextremistische „bürgerwehrähnliche“ Gruppen, die im Grenzgebiet auf Menschenjagd gehen, liegen hier nicht vor.

Im übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung vom 2. Mai 1992 zur Kleinen Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste (Drucksache 12/462) verwiesen.